

# Inhaltsübersicht

Vorwort . . . . .	V
Inhaltsverzeichnis . . . . .	IX
Einleitung . . . . .	1
Erstes Kapitel: Ursprung der Autonomie . . . . .	5
I. Autonomie gegenüber den mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen . . . . .	5
II. Notwendigkeit geschützter Regelungsbereiche . . . . .	24
III. Erste Begründungsansätze des EuGH . . . . .	26
Zweites Kapitel: Ausweitung der Autonomie gegenüber dem Völkerrecht . . . . .	29
I. Hintergrund des Autonomieanspruchs gegenüber dem Völkerrecht . . . . .	29
II. Entwicklung und Kategorien des EuGH . . . . .	31
III. Widersprüchliche Systematik des EuGH . . . . .	114
Drittes Kapitel: Begründbarkeit der Autonomietheorie . . . . .	139
I. Kern des Autonomieanspruchs aus Sicht des EuGH . . . . .	139
II. Begründungsmöglichkeiten des Autonomieanspruchs . . . . .	141
III. Begründungsausfall des EuGH . . . . .	167
Viertes Kapitel: Ausblick . . . . .	173
I. Energiecharta-Vertrag (ECT) . . . . .	174
II. Das <i>Investment Court System</i> (ICS) . . . . .	196
Fazit und Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse . . . . .	221
Literatur . . . . .	229
Sachregister . . . . .	245

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	V
Inhaltsübersicht . . . . .	VII
Einleitung . . . . .	1
Erstes Kapitel: Ursprung der Autonomie . . . . .	5
I. Autonomie gegenüber den mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen . . . . .	5
1. Vorrang des Unionsrechts . . . . .	5
2. Perspektive mitgliedstaatlicher Gerichte . . . . .	6
a) Höherrangigkeit der Nationalverfassung . . . . .	6
b) Mitgliedstaatliche Kontrollvorbehalte . . . . .	10
aa) Überschreitung vertraglicher Zuständigkeiten . . . . .	11
bb) Schutz der Verfassung . . . . .	16
(1) Kontrolle am Maßstab der gesamten Verfassung . . . . .	16
(2) Schutz des Verfassungskerns . . . . .	18
cc) Reichweite der Autonomie aus Sicht mitgliedstaatlicher Gerichte . . . . .	20
c) Rezeption nationaler Kontrollvorbehalte . . . . .	22
II. Notwendigkeit geschützter Regelungsbereiche . . . . .	24
1. Verwirklichung eines einheitlichen Rechtsraums . . . . .	24
2. Fehlende Regelung in den Verträgen . . . . .	25
III. Erste Begründungsansätze des EuGH . . . . .	26
Zweites Kapitel: Ausweitung der Autonomie gegenüber dem Völkerrecht . . . . .	29
I. Hintergrund des Autonomieanspruchs gegenüber dem Völkerrecht . . . . .	29
1. Rang völkerrechtlicher Abkommen im Unionsrecht . . . . .	29
2. Wirkung von Entscheidungen völkerrechtlicher Spruchkörper im Unionsrecht . . . . .	30

II. Entwicklung und Kategorien des EuGH . . . . .	31
1. Begriff der Verfassungsgrundsätze . . . . .	32
a) Rs. <i>Kadi</i> . . . . .	33
aa) EuG: Beschränkte Überprüfbarkeit der Umsetzungsverordnung . . . . .	34
(1) Bindung der EG an UN-Recht . . . . .	34
(2) Eingeschränkte Überprüfbarkeit der Umsetzungsverordnung . . . . .	36
bb) Entscheidung des EuGH: Umfassende unionsgerichtliche Überprüfbarkeit . . . . .	37
b) Dualistische Züge des EuGH . . . . .	37
2. Rechtsprechungsmonopol . . . . .	38
a) Umfang des Letztentscheidungsanspruchs des EuGH . . . . .	39
aa) Ausschließliche Zuständigkeit auf Grundlage der Autonomie	39
(1) Bindung des EuGH durch gleichlautende Bestimmungen (EWR-Abkommensentwurf) . . . . .	40
(a) Sicherung einheitlicher Rechtsordnungen . . . . .	41
(b) Skepsis des EuGH gegenüber dem EWR-Gerichtshof	43
(c) Neuer Abkommensentwurf zur Errichtung des EFTA-Gerichtshofs . . . . .	43
(d) Bestätigung im Gut. 1/00 zum gemeinsamen europäischen Luftverkehrsraum . . . . .	44
(2) Schutz der Auslegungshoheit des EuGH . . . . .	45
bb) Ausschließliche Zuständigkeit bei gemischten Abkommen	46
(1) Ausgangsfall Rs. <i>MOX-Plant</i> . . . . .	46
(a) Zuständigkeit des EuGH bei gemischten Abkommen	47
(b) Kompetenzverteilung und Zuständigkeiteröffnung des EuGH . . . . .	50
(2) „Bedeutender Teil“ bei hybrider Streitigkeit . . . . .	51
(a) Schutzzweck des Rechtsprechungsmonopols . . . . .	52
(b) Reichweite von Art. 273 AEUV . . . . .	54
(c) Schwellenwert des Rechtsprechungsmonopols? . . . . .	55
(3) Absicherung des geschriebenen Rechtsprechungsmonopols aus Art. 344 AEUV . . . . .	55
cc) Schutz der Unionsrechtsordnung in völkerrechtlichen Abkommen der Mitgliedstaaten . . . . .	56
(1) Unionsrecht als Bestandteil des mitgliedstaatlichen Rechts . . . . .	58
(2) Streitigkeit zwischen Investor und Mitgliedstaat . . . . .	60
dd) Zwischenergebnis . . . . .	60

b) Schutzmechanismen des Letztentscheidungsanspruchs . . . . .	61
aa) Integration des Schiedsgerichts in die Unionsgerichtsbarkeit	62
(1) Völkerrechtlicher Spruchkörper als Gericht eines Mitgliedstaats iSv Art. 267 AEUV . . . . .	62
(2) Gemeinsames Gericht von Mitgliedstaaten . . . . .	64
(a) Verlängerung des nationalen Rechtswegs . . . . .	64
(b) Keine Drittstaatenbeteiligung . . . . .	65
(3) Gerichtskriterien als Ergebnis einer Folgenbetrachtung	65
bb) Vertragliche Zuständigkeitszuweisung an den EuGH . . . . .	67
(1) Begründung völkerrechtlicher Zuständigkeiten . . . . .	68
(2) Übertragung mitgliedstaatlicher Gerichtszuständigkeiten	69
(a) Europäisierung des Patentschutzes . . . . .	69
(b) Gut. 1/09 zur Errichtung eines Europäischen Patentgerichts . . . . .	70
(3) Absicherung durch sanktionsbewehrtes Vorlageverfahren	72
(a) Vergleich zum Gut. 1/92 (EWR) . . . . .	72
(b) Einbindung innerhalb des Rechtswegs genügt . . . . .	74
(c) Ausblick: Der Abkommensentwurf v. 13.02.2013 . . . . .	75
cc) Aufhebungsverfahren der mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen . . . . .	76
(1) Reduzierter Kontrollmaßstab bei privaten Handelsschiedsgerichten . . . . .	77
(2) Unionsrechtliches Aufhebungsverfahren für Schiedssprüche . . . . .	79
dd) Zwischenergebnis . . . . .	80
c) Kein Letztentscheidungsanspruch des EuGH . . . . .	81
aa) Ausschluss der unmittelbaren Anwendbarkeit . . . . .	83
(1) Abgrenzung: Unmittelbare Geltung und Anwendbarkeit völkerrechtlicher Abkommen . . . . .	84
(2) Voraussetzungen des EuGH an die unmittelbare Anwendbarkeit völkerrechtlicher Abkommen . . . . .	85
(3) Ausschluss der unmittelbaren Anwendbarkeit in CETA	86
bb) Beschränkte Rechtsprechungsreichweite der CETA-Gerichte	86
(1) Reduzieren von Rechtsfragen auf Tatsachen . . . . .	87
(2) Kein Vorabbefassungsverfahren des EuGH . . . . .	88
(3) Offenkundige Fehler bei der Auslegung von Unionsrecht (CETA-Rechtsbehelfsinstanz) . . . . .	90
d) Zwischenergebnis . . . . .	92
3. Bestehende Zuständigkeitsverteilung . . . . .	93
a) Völkertragliche Zuständigkeitszuweisung an den EuGH . . . . .	93

b) Übertragung unionsgerichtlicher Zuständigkeiten auf völkerrechtliche Spruchkörper . . . . .	94
c) Schutz der Zuständigkeitsverteilung in gemischten Abkommen . . . . .	94
aa) Gut. 1/91 zur Auslegung des Begriffs „Vertragspartei“ . . . . .	96
bb) Gut. 2/13 zum Mitbeschwerdemechanismus . . . . .	96
(1) Festlegung des Beschwerdegegners . . . . .	97
(2) Mitbeschwerdegegner . . . . .	97
(a) Aufforderung an die Vertragspartei . . . . .	97
(aa) Verstoß von Sekundärrecht gegen die EMRK . .	98
(bb) Verstoß von Primärrecht gegen die EMRK . .	98
(b) Antrag durch die Vertragspartei . . . . .	99
cc) Festlegung des Beklagten durch die Union . . . . .	100
d) Bewertung . . . . .	100
4. Wirksamkeit des Unionsrechts . . . . .	101
a) Umfassender Schutz des Unionsrechts durch die Autonomie . .	101
b) Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens . . . . .	102
aa) Voraussetzung des gemeinsamen Rechtsraums . . . . .	102
bb) Übertragung durch die Autonomie auf das Außenverhältnis	103
(1) Staatenbeschwerde . . . . .	103
(a) Kein völkerrechtlicher Ausschluss . . . . .	104
(b) Völkerrechtlicher Ausschluss nicht erforderlich . .	105
(2) Intra-EU-BITs . . . . .	106
(3) Exkurs: Kündigungsanspruch der Intra-EU-BITs aus dem Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens . . . . .	107
c) Schutz des gesetzgeberischen Regulierungsspielraums . . . . .	108
aa) Bedrohung durch <i>regulatory chill</i> . . . . .	109
bb) Schutzvorkehrungen des CETA-Abkommens . . . . .	110
(1) Zum Schutz des legislativen Regulierungsspielraums . .	110
(2) Zur Überprüfbarkeit von Regulierungsmaßnahmen . .	111
cc) Exkurs: Völkerrechtliche Gewährleistung des Regulierungsspielraums? . . . . .	111
dd) Erweiterung des Autonomiebegriffs . . . . .	112
5. Ergebnis . . . . .	113
III. Widersprüchliche Systematik des EuGH . . . . .	114
1. Inhaltliche Überschneidungen der Kategorien . . . . .	114
2. Unklare Funktion des Art. 344 AEUV . . . . .	117
a) Erweiterung des Rechtsprechungsmonopols . . . . .	117
b) Umfassendes Letztentscheidungsrecht des EuGH . . . . .	119
3. Verklärung des Grundsatzes des gegenseitigen Vertrauens . . . . .	120
a) Defizite des Vertrauensgrundsatzes . . . . .	121

b) Ausnahmslose Vereinbarkeitsanforderung an völkerrechtliche Abkommen . . . . .	121
c) Projektion in strengerer Form auf völkerrechtliche Streitbeilegungsmechanismen . . . . .	122
4. Autonomiebehauptung zulasten des Völkerrechts . . . . .	123
a) Völkerrechtliche Bindungsunfähigkeit der Union? . . . . .	123
b) Abschottung als Lösungsmodell? . . . . .	124
aa) Keine völkerrechtliche Verpflichtung zur Erfüllung von Schutzstandards . . . . .	126
bb) Keine Relativierung der <i>Haegeman-Rechtsprechung</i> . . . . .	128
cc) Drohende Fragmentierung des Völkerrechts . . . . .	129
dd) Exkurs: Welthandelsrecht . . . . .	130
(1) Keine unmittelbare Anwendbarkeit der WTO-Abkommen	131
(2) Begründung der Ungleichbehandlung durch den EuGH	132
(3) Politische Entscheidungsfreiheit über die Einhaltung von WTO-Recht . . . . .	133
5. Willkürliche Festlegung der Autonomiereichweite . . . . .	135
 Drittes Kapitel: Begründbarkeit der Autonomiethese . . . . .	139
I. Kern des Autonomieanspruchs aus Sicht des EuGH . . . . .	139
II. Begründungsmöglichkeiten des Autonomieanspruchs . . . . .	141
1. Vertragliche Zuständigkeit des EuGH . . . . .	142
a) Beinhaltet Art. 19 Abs. 1 S. 2 EUV die Zuständigkeit des EuGH zur Feststellung der Autonomie? . . . . .	142
aa) Keine ausdrückliche Kollisionsregelung . . . . .	143
(1) Rechtslücken in einer Teilrechtsordnung . . . . .	143
(2) Zwischenergebnis . . . . .	144
bb) Unionsrechtliche Auslegungsmethodik . . . . .	144
(1) Abgrenzung zwischen völkerrechtlicher und unionsrechtlicher Auslegung . . . . .	144
(2) Unionsrecht auf Fortentwicklung angelegt . . . . .	145
(3) Berücksichtigung nachträglicher Staatenpraxis . . . . .	146
(4) Zwischenergebnis: Spezifische Auslegungsmethodik des Unionsrechts . . . . .	148
cc) Auslegung von Art. 19 Abs. 1 S. 2 EUV . . . . .	148
(1) Wortlaut und terminologische Konsistenz . . . . .	148
(2) Historische Auslegung . . . . .	150
(3) Systematik und Telos . . . . .	150

b) Pflicht des EuGH zur Feststellung des unionsrechtlichen Vorrangs? . . . . .	153
c) Zuständigkeit des EuGH in den Grenzen des Unionsrechts . . . . .	154
2. Erklärung Nr. 17 zum Vertrag von Lissabon . . . . .	155
3. Naturrecht . . . . .	158
4. Gesamtakttheorie nach <i>Hans-Peter Ipsen</i> . . . . .	159
5. Verfassungspluralistischer Ansatz: Konzept eines Verfassungsverbunds nach <i>Ingolf Pernice</i> . . . . .	160
6. Grundnormlehre nach <i>Hans Kelsen</i> . . . . .	164
7. Keine Geltung des Unionsrechts außerhalb der mitgliedstaatlichen Ratifikationsakte . . . . .	167
III. Begründungsausfall des EuGH . . . . .	167
1. Umfang der Begründungspflicht . . . . .	168
2. Methodik und Legitimität . . . . .	169
3. Vorschlag: Notwendigkeit eines neuen Begründungsansatzes . . . . .	170
 Viertes Kapitel: Ausblick . . . . .	173
I. Energiecharta-Vertrag (ECT) . . . . .	174
1. Anwendung der Autonomiekategorien . . . . .	174
a) Einflüsse des ECT auf die Unionsrechtsordnung . . . . .	176
b) Verstoß gegen das Rechtsprechungsmonopol des EuGH . . . . .	176
aa) Streitbeilegungsmechanismen des ECT . . . . .	177
(1) Art. 27 ECT (Streitbeilegung zwischen Vertragsparteien) . . . . .	177
(2) Art. 26 ECT (Investor-Staat-Streitbeilegung) . . . . .	178
(3) Keine Kontrollmöglichkeit des EuGH . . . . .	179
(4) Zwischenergebnis . . . . .	179
bb) Völkerrechtlicher Ausschluss von Intra-EU-Verfahren . . . . .	180
(1) Ausschluss über Begriffsdefinition von Investition/ Investor in Art. 1 ECT . . . . .	180
(2) Unionsrecht als Inter-se-Abkommen iSv Art. 41 WVK . . . . .	180
(a) Kein Verbot von Inter-se-Abkommen durch Art. 46 ECT . . . . .	182
(b) Verbot von Inter-se-Abkommen durch Art. 16 ECT . . . . .	182
(c) Zwischenergebnis . . . . .	183
(3) Annahme einer <i>implied disconnection clause</i> . . . . .	183
(4) Zwischenergebnis . . . . .	186
cc) Kompromisslösung durch den EuGH? Rs. 741/19 – Komstroy . . . . .	186
c) Verstoß gegen den Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens . . . . .	187

d) Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot, Art. 18 AEUV . . . . .	187
e) Gesetzgeberischer Regulierungsspielraum . . . . .	189
f) Zwischenergebnis . . . . .	190
2. Reichweite von Art. 351 AEUV . . . . .	191
a) Anwendbarkeit des Art. 351 AEUV . . . . .	191
b) Voraussetzungen von Art. 351 AEUV . . . . .	192
c) Keine Anwendbarkeit unter Mitgliedstaaten der Union . . . . .	193
d) Zwischenergebnis . . . . .	194
e) Bewertung . . . . .	194
II. Das <i>Investment Court System</i> (ICS) . . . . .	196
1. Stand der Verhandlungen . . . . .	198
a) Bedarf eines völkerrechtlichen Investitionsschutzes . . . . .	198
b) Reformbestrebungen innerhalb der Union . . . . .	200
c) Reformprozesse innerhalb von UNCITRAL . . . . .	202
aa) Vorbilder für die Errichtung eines ICS . . . . .	203
(1) Zustimmung der Mitgliedstaaten zu ISDS erforderlich (Gut. 2/15) . . . . .	203
(2) Überschreibung bestehender Streitbeilegungsmechanismen . . . . .	204
(3) Vorbild Mauritius-Konvention . . . . .	204
bb) Stand der Reformverhandlungen . . . . .	206
cc) Bewertung . . . . .	208
2. Anwendung der Autonomiekategorien . . . . .	210
a) Keine materiell-rechtlichen Schutzstandards . . . . .	210
b) Rechtsprechungsmonopol des EuGH . . . . .	210
c) Unionsinterne Festlegung des Beklagten . . . . .	211
d) Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens . . . . .	213
e) Tatsächliche Einflüsse auf die Unionsrechtsordnung . . . . .	213
aa) Doppelfunktion der Richter . . . . .	213
bb) Konflikt der Entscheidungswirkungen . . . . .	214
(1) Tatsächliche Einflüsse auf die Unionsrechtsordnung grundsätzlich hinnehmbar . . . . .	216
(2) Grenze zulässiger Auswirkungen bislang ungeklärt . . .	217
(3) Ausblick . . . . .	218
3. Fortbestehender Reformbedarf völkerrechtlicher Altverträge . . .	219
Fazit und Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse . . . . .	221
I. Kern des Autonomieanspruchs . . . . .	222
II. Uferlose Reichweite der Autonomie gegenüber dem Völkerrecht . .	223

III. Keine Begründbarkeit der Autonomiethese . . . . .	226
IV. Reformvorschlag . . . . .	226
V. Gefährdung der völkerrechtlichen Bindungsfähigkeit der Union . . . . .	227
Literatur . . . . .	229
Sachregister . . . . .	245